

Entschließungsantrag **der Gruppe der PDS/Linke Liste**

zur Erklärung der Bundesregierung

Unsere Verantwortung in der Welt

Der Bundestag wolle beschließen:

1. Die Bundesregierung wird aufgefordert, die sozialen, wirtschaftlichen und juristischen Konsequenzen des Vertragswerkes von Maastricht durch einen ausführlichen Bericht der Öffentlichkeit darzulegen und durch öffentliche Anhörung in sämtlichen Kommunen ab 20 000 Einwohnern gründlich zu erörtern.
2. Die Bundesregierung wird aufgefordert, bei den EG-Partnern für eine Neuverhandlung des Maastrichter Vertrages über die Europäische Politische Union einzutreten. Dabei kündigt sie ihr Eintreten für die weitere Öffnung des Verhandlungsprozesses an, indem Gewerkschaften, Interessenverbände und Bürgerinitiativen sowie Vertreter der ost- und südosteuropäischen Staaten sowie der „Dritten Welt“ auf geeignete Weise einbezogen werden.
3. Die Bundesregierung wird aufgefordert, alle notwendigen Voraussetzungen zu schaffen, um die Fragen der Neugestaltung Europas in der Bundesrepublik Deutschland durch einen Volksentscheid demokratisch legitimieren zu lassen.

Bonn, den 12. Juni 1992

Dr. Gregor Gysi und Gruppe

Begründung

Sowohl die Regierungskonferenzen über die Weiterentwicklung der Europäischen Gemeinschaften zu einer Wirtschafts- und Währungsunion sowie zu einer Politischen Union als auch die Diskussionen zur Unterzeichnung des Maastrichter Vertrages fanden faktisch unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt. Es ist daher nur natürlich, daß dieser Vertrag vor der Ratifizierung, der in seinen Konsequenzen das Leben und die Zukunft so vieler Menschen

berührt, in allen Mitgliedstaaten der EG äußerst kontrovers diskutiert wird. Auch die Bundesrepublik Deutschland bildet hier keine Ausnahme. Dies um so mehr nach dem ernstzunehmenden Votum des dänischen Volkes gegen den Vertrag von Maastricht.

Es geht um die Diskussion überaus wichtiger Fragen. Der Wandel im Osten und das Ende der Blockkonfrontation haben Europa grundlegend verändert. Die ökonomische und soziale Kluft zwischen dem Westen und dem Osten, dem Norden und dem Süden des Kontinents nimmt aber zu. Sogar Kriege und ethnische Konflikte erschüttern heute Europa. Es geht deshalb um die Verständigung darüber, wie darauf reagiert werden und wie eine Neugestaltung Europas erfolgen sollte. Das ist auch die Frage nach der Rolle und den Aufgaben Europas in einer Welt, in der nicht nur die globalen, sondern auch die kontinentalen ökonomischen, sozialen und ökologischen Probleme nur noch im Zusammenwirken der Völker über den Rahmen der Nationalstaaten lösbar sind. Eine solche Debatte muß sowohl gesamteuropäisch geführt werden als auch in jedem europäischen Land. Hier sollte sie sich sowohl auf die eigenen Verpflichtungen nach innen und nach außen als auch auf den Platz konzentrieren, den das eigene Land in diesem sich erneuernden Europa auszufüllen gedenkt.

Im besonderen Maße gilt dies für das vereinigte Deutschland. Um die DDR erweitert und durch den Wegfall früherer Barrieren politisch und wirtschaftlich gestärkt, sollte es die Debatte um Maastricht mit hoher Sensibilität für die Probleme und Bedenken anderer führen und bewußt in die europäische Diskussion einordnen.

Die Regierungen, die in Maastricht den Vertrag über die Europäische Politische Union unterzeichneten, haben einem weltoffenen, demokratischen, sozial gerechten, friedlichen und auf Dauer zivilen Europa, in dem die politischen Grundrechte und demokratischen Prinzipien umfassend verwirklicht werden, eine schroffe Absage erteilt. Geht es nach ihrem Willen, sollen im Bereich der Wirtschafts- und Währungspolitik auf die Europäische Union Regelungskompetenzen mit dem Ziel übertragen werden, eine einheitliche Währung und eine gemeinsame, ausschließlich an Profit und Wachstum orientierte Wirtschaftspolitik einzuführen. Das würde aber den Weg zur Erarbeitung und Durchsetzung einer Wirtschaftsordnung und -politik in Europa versperren, die sich konsequent an sozialer Gerechtigkeit ausrichtet, die demokratisch ist und die weitere Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen endlich unterbindet. Die weitere Aushöhlung sozialer Standards würde erleichtert und soziale Risiken vor allem auf die ohnehin Schwachen abgewälzt. Die Kluft zwischen armen und reichen Ländern des Kontinents, zwischen Gewinnern und Verlierern des Struktur- und Systemwandels würde nur noch größer werden. Daran ändert grundsätzlich weder etwas die Einrichtung neuer Gemeinschaftsfonds z. B. in den Bereichen Verkehr oder Umwelt noch eine etwas höhere Ausstattung der Struktur- und Sozialfonds. Weder eine größere Wirksamkeit der Umweltpolitik noch eine Verbesserung der Lebensverhältnisse in den ärmeren Regionen sind auf diese Weise erreichbar. Annäherung, Vertrauen und Solidarität zwischen den Europäern erfordern deshalb den Auf-

bau eines „Europa von unten“, die Wahrung ihrer kulturellen Werte, Identitäten und regionalen Besonderheiten.

Die Befürworter von Maastricht wollen ein Europa, das sich durch eine restriktive Asyl- und Einwanderungspolitik wie eine Festung abschottet und seine Machtinteressen nach außen auch militärisch durchsetzen kann. Würde Maastricht in Kraft gesetzt, käme die Bundesregierung in zwei wesentlichen Richtungen ihrer Bemühungen entscheidend voran: Das verfassungsmäßige Verbot von Einsätzen deutscher Soldaten im Ausland würde unterminiert und das in der Bundesrepublik Deutschland geltende Grundrecht auf Asyl über die Europäischen Gemeinschaften abgeschafft. Dagegen würde politische Macht etabliert, ohne hinreichend eine demokratische Kontrolle zu stärken.

Es ist besonders schwerwiegend, daß die meisten dieser komplexen Maastrichter Beschlüsse von großer Tragweite auf Drängen der deutschen Bundesregierung gefaßt worden sind. Es spricht für sich, daß auf deutschen Wunsch nachträglich „Klauseln der Unwiderruflichkeit und der Unabänderlichkeit“ eingebaut wurden, und zwar über den Willen der Völker im zu vereinenden Europa hinweg.

Nur ganz allmählich werden sich die Bürger in den europäischen Staaten der Tragweite dieser Beschlüsse, deren Substanz sie bisher kaum kennenlernen konnten, bewußt. Es ist eine Tatsache, daß auch in der Bundesrepublik Deutschland mit den Bürgern keineswegs offen und vorurteilsfrei über die Konsequenzen des Vertrages und damit verbundene Besorgnisse gesprochen wurde. Der Dschungel von Gesetzen und Bestimmungen zur EG-Integration kann – jetzt noch verstärkt durch das schwer zu durchschauende unübersichtliche Vertragswerk von Maastricht – von den Menschen kaum noch durchschaut, geschweige denn nachvollzogen werden.

Die Menschen haben aber auch in dieser Frage einen Anspruch auf Transparenz und vorausgehende, gründliche öffentliche Diskussion.

Wirklich demokratische Staatswesen handhaben ihre Angelegenheiten nicht so, daß weder Volk noch Opposition den Gang der Dinge beeinflussen dürfen, sondern lediglich „gehorschen“ müssen. Zu den nicht hoch genug zu schätzenden Vorzügen einer wirklichen Demokratie sollte es gehören, daß auf entscheidende Entwicklungsprozesse von allen politischen Kräften tatsächlich Einfluß genommen werden kann.

